

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Wiederaufbau der chemischen Industrie Mitteldeutschlands

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1954) : Wiederaufbau der chemischen Industrie Mitteldeutschlands, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 10, pp. 580-585

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131973>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Jugoslawien besteht keine zahlenmäßige Beschränkung, wohl dagegen für den Import synchronisierter Filme, der beispielsweise auf 30 aus Frankreich und ebensoviele aus Italien pro Verleihjahr bemessen ist. Aus Großbritannien können 30 Spielfilme auf Grund eines Lizenzvertrages mit einer oder mehreren deutschen Verleihfirmen importiert werden. Filme aus Schweden und der Schweiz können ohne zahlenmäßige Begrenzung eingeführt werden. Aus Japan und Indien wird der Jahresimport von je 5 Filmen genehmigt, aus Spanien die Einfuhr von je 12 Spiel- und Kulturfilmern. Die Ausfuhr deutscher Filme wies in den letzten Jahren eine ständig steigende Tendenz auf. Wertmäßig machte der deutsche Filmexport 1953 rd. 8 Mill. DM aus, er könnte jedoch nach Erklärung von Regierungsseite in der Filmdebatte des Bundestages am 2. April 1954 noch auf mindestens 20 Mill. DM gesteigert werden. Vor dem letzten Weltkriege unterhielt die deutsche Filmindustrie zahlreiche Auslandsvertretungen sowie eine Anzahl eigener Auslandsfilialen und Beteiligungen. Die Filmausfuhr entwickelte sich in den 30er Jahren zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor. Im Jahre 1939 kam aus dem Export deutscher Filme ein Devisengegenwert von rd. 20 Mill. RM herein, während andererseits für in Deutschland gespielte Auslandsfilme im gleichen Jahre 10 Mill. RM an Lizenzzahlungen zu leisten waren. In normalen Vorkriegszeiten war es möglich, die Herstellungskosten der deutschen Filmproduktion auf dem deutschen Absatzmarkt einzuspielen und außerdem 30—40 % durch den Export zusätzlich hereinzubringen.

Nach dem Kriege konnte sich die deutsche Filmherzeugung nicht mehr im gleichen Maße auf die inländischen Einspielergebnisse stützen, vielmehr gewann der Ausfuhrerlös wesentlich an Bedeutung für die Rentabilität der deutschen Produktionsfirmen. Im Vergleich zu 1939 ist aber heute die Außenhandelsbilanz des deutschen Films sehr viel ungünstiger geworden. In einer von der Export-Union der Deutschen Filmindustrie e. V. herausgegebenen Schrift „Wo steht der deutsche Filmexport?“ wird darauf verwiesen, daß beispielsweise

Frankreich ohne Elsaß-Lothringen 1952 nur 2 deutsche Filme sah gegen 26 im Jahre 1938; Holland, das zu den relativ leichten Märkten zu rechnen ist, sah 1951 nur 24 deutsche Filme gegen 84 im Jahre 1938, Finnland nur 9 gegen 43. Nach der Schweiz wurden 1952 nur 50 deutsche Filme ausgeführt gegen 119 im letzten Vorkriegsjahr. Die umgekehrte Entwicklung zeigt sich beim Import ausländischer Filme. So brachte der amerikanische Film 1950 im Bundesgebiet das Hundertfache dessen ein, was der deutsche Film im selben Jahre auf dem gesamten amerikanischen Kontinent erzielte. Die französischen Filme spielten im gleichen Jahre zwanzigmal soviel in der Bundesrepublik ein wie die westdeutschen Filme in Frankreich. Ähnlich ist das Verhältnis im deutsch-italienischen Filmaustausch.

Von der Filmwirtschaft selbst wird dieses Mißverhältnis im Filmaußenhandel darauf zurückgeführt, daß in anderen Ländern der Filmexport durch wirksame Regierungsmaßnahmen unterstützt wird. So hat man in Frankreich die Förderung der Filmausfuhr gesetzlich fundiert. Auch die englische Regierung fördert die Filmindustrie des Landes durch ein Gesetz, den sogenannten Eady-Plan, der sich an die französische Regelung anlehnt. In Italien stützt sich die Auslandsverbreitung des italienischen Films gleichfalls auf ein Gesetz, das der einheimischen Filmproduktion eine großzügige Förderung zukommen läßt, ohne daß dies mit einer staatlichen Einflußnahme verbunden ist. In der Bundesrepublik wurde ähnlich wie in anderen Ländern eine zentrale Organisation, die bereits erwähnte Export-Union der Deutschen Filmindustrie e. V., ins Leben gerufen, die der Förderung des Filmexports dient, ohne sich im einzelnen mit dem Absatz von Filmen zu befassen. Im Bundeshaushaltsplan des Rechnungsjahres 1953 waren für die spezielle Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland sowie für das allgemeine, nicht nur auf das Inland beschränkte Informationswesen über 12 Mill. DM eingesetzt. Hiervon wurden zur Förderung des deutschen Filmexports 20 000 DM zur Verfügung gestellt.

Wiederaufbau der chemischen Industrie Mitteldeutschlands

Von einem Korrespondenten

Die chemische Industrie im Raum Halle—Leipzig ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige der jetzigen DDR. Weithin bekannt sind die mitteldeutschen Großbetriebe: das Stickstoffwerk Leuna, die Hydrierwerke Leuna, Böhlen und Zeitz, die Fischer-Tropsch-Werke Schwarzheide und Lütgendorf, die elektrochemischen Werke Ammendorf und Westeregeln, das Bunawerk Schkopau, die Film- und die Farbenfabrik in Wolfen, die Alkali-Elektrolyse in Bitterfeld, die Zelluloidfabrik Eilenburg, das Stickstoffwerk Piesteritz und manches andere große Werk.

Die Ballung der Chemiebetriebe in Sachsen-Anhalt (60 % aller mitteldeutschen Betriebe) und in Sachsen (28 %) beruht auf der mitteldeutschen Braunkohle, die zugleich Rohstoff- und Energiequelle ist, sowie auf den Kalivorkommen und den Salzlagern. Rund 200 000

Beschäftigte in etwa 200 Werken verarbeiten die Rohstoffe zu wichtigen chemischen Erzeugnissen.

Soda, Atzkalk, Primärstickstoff, Phenol, Methanol, Elementarschwefel, Buna und Filme wurden in Mitteldeutschland vor 1945 in einem Umfang erzeugt, der ausreichte, um den gesamtdeutschen Bedarf zu decken. 34,8 % der gesamtdeutschen Chemieproduktion kamen 1936 aus dem Gebiet der jetzigen DDR und aus Ost-Berlin. Die große volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Industriezweiges ist offenkundig.

SUBSTANZVERLUSTE

In den Kriegs- und Nachkriegsjahren hat die chemische Industrie Mitteldeutschlands einen beträchtlichen Teil ihrer Substanz eingebüßt. Viele Werke erlitten Luftkriegsschäden; die Betriebe aber, die ganz oder teil-

weise intakt geblieben waren, wurden von sowjetischen Experten auf die Eignung zur Demontage überprüft.

Demontiert wurden 80% der Sodafabriken, 60% der Kapazität der Schwefelsäureindustrie und der Stickstoffwerke, über 50% der Karbidindustrie, die Ätznatronanlage der Deutschen Solvaywerke in Bernburg, fast vollständig die Ofenanlage zur Gewinnung von elementarem Phosphor in Piesteritz, zur Hälfte die Chlorkali-Elektrolyse in Ammendorf, fast vollständig die Wasagbetriebe in Coswig bzw. Reinsdorf, das Bakelitwerk in Erkner, das Holzkonservierungslabor der Rütgerswerke, die Versuchsanstalt Stendal und die Fabrik für synthetisches Phenol in Niederau.

SOWJET-AG

Die Fachkräfte mit ihren wertvollen Arbeitserfahrungen konnte sich die Besatzungsmacht nur in geringem Umfang durch „Dienstverträge“ und Übersiedlung in die Sowjetunion direkt nutzbar machen. Sie wandelte deshalb die größten Werke in Sowjetaktiengesellschaften (SAG) um, setzte sowjetische Generaldirektoren ein und betrieb die Werke nach sowjetischen Plänen und für sowjetische Rechnung. Allein in den zehn größten SAG waren über 40% der in der mitteldeutschen Chemie Beschäftigten tätig:

SAG	Beschäftigte
Leuna-Werke	24 500
Bunawerk Schkopau	18 000
Filmfabrik Wolfen	11 000
Kombinat Espenhain bei Leipzig	8 000
Hydrierwerk Zeitz	5 000
Werk Schwarzheide bei Senftenberg	4 500
Stickstoffwerk Piesteritz	4 000
Zelluloidwerk Eilenburg	1 700
Gummiwerk Bad Blankenburg	800
Kombinat Böhlen bei Leipzig	
Zehn Werke	über 80 000

Die von der Sowjetunion übernommenen chemischen Werke Mitteldeutschlands wurden wiederaufgebaut. Einen Nutzen hatte davon zunächst zwar weder die mitteldeutsche Wirtschaft noch die gesamtdeutsche Volkswirtschaft; immerhin ist durch den Wiederaufbau der SAG der Substanzverlust der mitteldeutschen (Chemiewirtschaft nicht unerheblich verringert worden. 1951 belief sich das Anlagevermögen der SAG (einschl. Treibstoffgewinnung, jedoch ohne Kaliaufbereitung) auf 825 Mill. DM (Ost) oder gut 50% der gesamten chemischen Industrie der DDR; der Wert der Produktion der SAG erreichte im gleichen Jahre 2 Mrd. DM ((Ost) oder etwa 54% der chemischen Gesamtproduktion der DDR. Die zum 1. Januar dieses Jahres erfolgte Übergabe der SAG an die Behörden der DDR und die Umwandlung der Werke in volkseigene Betriebe ist für die mitteldeutsche Wirtschaft daher von erheblicher Bedeutung, wenn auch die wichtigsten Erzeugnisse weiterhin als Exporte in die Sowjetunion gehen. — In den wichtigsten ehemaligen Sowjetaktiengesellschaften werden produziert:

Leuna: synthetischer Ammoniak, das Düngesalz Ammoniumsulfat, Benzin, für die Holzverarbeitende Industrie der synthetische K-Leim und die Holzpflegemittel Leumattin und der Schellackersatz Leupolit, für die elektrotechnische Industrie der Drahtlack, in der Pharmazeutischen Abteilung das Analgetikum Algamon, verschiedene Desinfektionsmittel und das Tuberkulose-Therapeutikum „INH-Leuna“.

Bunawerk Schkopau: Buna für die Gummi- und Reifenindustrie, Bunakalk für die Baustoffindustrie, chemische Lösungsmittel und Spiritus.

Stickstoffwerk Piesteritz: das Düngemittel Kalkstickstoff, Phosphorsalze, Phosphorsäure und Kunststoffvorräte.

Filmfabrik Wolfen: Filme aller Art, Photoplaten und -chemikalien, Magnetophondänder, synthetische Fasern (Viskose, Perlon, Wolcrylon, Trelon) und Zellulose für die Kunstseidenfabrikation.

Zelluloidwerk Eilenburg: Zelluloid, Dezelit für technische Artikel und Konsumgüter, Kolloxilm für Filme und Lacke sowie Wasserstoffsperoxyd.

Bad Blankenburg: Bunaerzeugnisse, wie Transportbänder, Transmissionsriemen, Gummipplatten und technische Schläuche.

Kombinat Böhlen: Benzin.

Hydrierwerk Zeitz: Benzin, Dieseldieselkraftstoff, Schmieröl, Paraffine, Rohphenole, Schwefel.

Kombinat Espenhain: Braunkohlenteer, Rohphenole, Schwefel, Paraffine, Dieseldieselkraftstoff.

Werk Schwarzheide: organische Benzinlösungsmittel, Spezialbenzine, Paraffine für die Herstellung von synthetischen Fettsäuren, Zetan, Haptan.

Schering in Berlin-Adlershof: Pharmazeutika.

VERSTAATLICHUNG DER MITTELBETRIEBE

In den Jahren 1945—1948 wurden 162 chemische Betriebe enteignet und in Volkseigentum überführt. Von den Maßnahmen wurden alle Produktionszweige betroffen:

Produktionszweig	Anzahl der enteigneten Betriebe
Anorganische Chemie	17
Organische Chemie	7
Kali, Schwefelkies, Flußspat	17
Kohlenwertstoffe	17
Technische Gase und Karbid	15
Kunststoffe	10
Lacke und Farben	28
Seifen, Waschmittel und Kosmetika	14
Pharmazie	11
Chemisch-technische Erzeugnisse	26

Eine weitere Enteignungswelle richtete sich im Jahre 1950 gegen die Arzneimittelhersteller. Den Ausgangspunkt bildete die Einführung der Zulassungspflicht in der Fabrikation pharmazeutischer Präparate; diese waren nach 1945 in großer Zahl neu auf dem Markt erschienen, so allein Hunderte von Arten Hustensaft. Von 4500 Präparaten wurden nur 1450 zugelassen und von 510 Betrieben nur etwa 200. Durch diese Aktion erhöhte sich die Zahl der volkseigenen und Treuhandbetriebe von 11 auf 60. Offensichtlich war nicht die Bereinigung der pharmazeutischen Produktion, sondern die fortschreitende Verstaatlichung das Hauptziel dieser Aktion.

Nach 1950 war der Anteil der Privatbetriebe an der Chemieproduktion der DDR nur noch gering. Für 1951 lauten die Zahlen:

Kategorie	Mill. DM (Ost)	%
Privatbetriebe	359	9
Volkseigene und Treuhand-Betriebe	1 390	37
Sowjetaktiengesellschaften	2 019	54
Zusammen	3 768	100

REPARATIONSLEISTUNGEN

Eine empfindliche Belastung der mitteldeutschen Wirtschaft waren die Reparationslieferungen an die Sowjetunion (und Polen). Etwa 22% aller Reparationsleistungen der DDR im Werte von jährlich rund 700 Mill. DM (Ost) waren Chemieprodukte, darunter 42,3% Grundchemikalien, 24,6% pharmazeutische Erzeugnisse, 13,1% Gummi- und Asbestzeugnisse sowie 20% Mineralöl- und Teerprodukte. Der Anteil der Mineralöl- und Teerprodukte war seit 1951 rückläufig; die

Sowjetunion verzichtete hier zugunsten der DDR auf Reparationsleistungen im ursprünglichen Umfang. Düngemittel wurden dagegen bis 1953 in großen Mengen über das Reparationskonto aus der DDR entnommen und von der Sowjetunion zu niedrigen Preisen weiterexportiert, während in der mitteldeutschen Landwirtschaft Mangel an Düngemitteln herrschte. Mit der Beendigung der Reparationslieferungen der DDR an die Sowjetunion zum 31. 12. 1953 ist eine Erleichterung für die mitteldeutsche Wirtschaft eingetreten; zwar erhält die Sowjetunion weiterhin aus der DDR viele Chemieprodukte, doch erfolgen nunmehr annähernd angemessene Gegenleistungen der Sowjetunion. Die mit Reparationslieferungen belasteten Werke wurden beim Wiederaufbau und in der Materialversorgung besonders unterstützt; sie gehören daher heute zu den leistungsfähigsten Betrieben.

DIE KRITISCHEN JAHRE 1948 — 1951

Die Verstaatlichung traf auf Gegenmaßnahmen der früheren Eigentümer. Diese und viele ihrer leitenden Mitarbeiter brachten Produktionsunterlagen nach dem Westen. Spezialisten „setzten sich ab“ und wurden von den westdeutschen Unternehmungen übernommen. Von Westdeutschland wurde die Lieferung von Ersatzteilen, die für den Wiederaufbau der mitteldeutschen Werke von großer Bedeutung waren, abgelehnt. Und so mancher Fachmann, der in der DDR verblieben war, leistete an seinem Arbeitsplatz passiven Widerstand.

Daß diese Gegenmaßnahmen die Wiederingangsetzung der DDR-Betriebe sehr erschwerten, ist u. a. an der Schärfe zu erkennen, mit der die DDR-Behörden ihrerseits reagierten. So wurden im Solvayprozeß leitende Angestellte zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt, weil sie ihre Treuepflicht gegenüber den Konzernleitungen über die Loyalität gestellt hatten, die die DDR-Regierung von ihnen forderte. Während man die in der DDR verbliebenen Spezialisten durch hohe Gehälter für eine aktivere Mitarbeit zu gewinnen suchte, setzte man die Propaganda nicht nur zur politischen, sondern auch zur beruflichen Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten ein. Sie wurden aufgerufen, die entstandenen Schwierigkeiten durch erhöhte und bessere Leistungen überwinden zu helfen. Nur mit Propaganda war den Schwierigkeiten in der Chemie allerdings nicht beizukommen.

Die Produktionsergebnisse waren und blieben unbefriedigend. Zwar war in den Jahren 1946 bis 1950/51 trotz aller Schwierigkeiten einiges erreicht worden. An die Beseitigung der Kriegsschäden und an den Ersatz demontierter Einrichtungen war man nicht nur in den Sowjetaktiengesellschaften herangegangen, sondern auch in den volkseigenen Betrieben, und zwar besonders in jenen, die Reparationsaufträge ausführten. Man betrieb die Wiederherstellung der Schwefelsäurewerke, der Sodawerke, der elektrochemischen Werke zur Ätznatronherstellung; fünf Superphosphatwerke waren instandgesetzt worden, ebenso die Betriebe der Kaliindustrie; man hatte die Produktion von Stickstoffdünger gesteigert; vor allem aber hatte man große Anstrengungen zur Steigerung der Braunkohlenförderung und der Energieerzeugung unternommen.

Jahr	Braunkohlenförderung (in Mill. t)	Stromerzeugung (in Mrd. kWh)	Schwefelsäureproduktion (in 1000 t SO ₂)
1936 ¹⁾	97,5	42,5	1 440
1946	116,8	11,6	89
1947	108,5	13,8	107
1948	112,0	15,4	156
1949	125,2	17,3	200
1950	137,7	20,0	233
1951	149,6	23,0	294

¹⁾ Gebiet der jetzigen DDR.

Trotz dieses eindeutigen Produktionsanstiegs wurden das Produktionsniveau und das Tempo der Produktionssteigerung als ungenügend erachtet. Besondere Sorgen machte man sich über die Rohstoffversorgung. Die Rohstoffschwierigkeiten beruhten zum Teil auf der Spaltung Deutschlands. Der westdeutsche Steinkohlenteer, der die Grundlage der Farben- und der pharmazeutischen Produktion bildet, oder das westdeutsche Thomasmehl als wichtiger Phosphordünger wurden in Mitteldeutschland bitter entbehrt. Es fehlte aber auch an Importrohstoffen, so an Schwefelkies in der erforderlichen Qualität. Mangel herrschte ferner an Titandioxyd, Bleiessig, Bleiazetat, Aluminiummolybdat, Ameisensäure.

Wohl wurden die Importe der DDR gesteigert; 1949 beliefen sie sich auf rund 50 Mill. DM (Ost), 1951 dagegen auf über 80 Mill. DM (Ost). Eingeführt wurden Apatitkonzentrate aus der Sowjetunion, Naturkautschuk aus den Niederlanden, Schmieröle, Naphtal und Naphtol aus Österreich, Italien, der Schweiz und den Niederlanden sowie Superphosphate aus Belgien, den Niederlanden und den USA. Diese Importe galten jedoch als unzureichend, als unsicher, vor allem aber als zu kostspielig, also als ein Notbehelf, von dem man sich rasch unabhängig machen wollte.

PRODUKTIONSZIELE

Diese Engpässe zu überwinden ist die Hauptaufgabe, die die DDR-Behörden der chemischen Industrie Mitteldeutschlands im Fünfjahresplan gestellt haben. Der Plan sieht im einzelnen folgende Produktionssteigerungen vor:

Erzeugnis	Mengeinheit	Produktion 1950	Plan 1955	Steigerung in %
Braunkohle	Mill. t	138	225	89
Elektroenergie	Mrd. kWh	20	33	77
Steinkohle	Mill. t	2,8	3,5	25
Kalisalze	Mill. t	1,3	1,5	13
Schwefelkies	1000 t	91	122	34
Chemieproduktion	Mrd. DM (Ost)	3,5	6,6	89
Schwefelsäure (SO ₂)	1000 t	233	450	93
Ätznatron (NaOH)	1000 t	150	300	100
Kalz. Soda (Na ₂ CO ₃)	1000 t	99	640	546
Stickstoffdünger (N)	1000 t	230	300	130
Phosphordünger	1000 t	24	140	480
Synthet. Kautschuk	1000 t	40	70	76
Kraftfahrzeugdecken	1000 Stück	482	1 200	150
Seife	1000 t	34	99	190
Dieselmotoren	1000 t	440	650	48
Benzin	1000 t	454	927	104
Kunstfasern	1000 t	85	127	49
Kunstseide	1000 t	9	35	265

Von der Regierung der DDR wurden zur Verwirklichung dieser Planziele in größerem Umfang Investitionsmittel zur Verfügung gestellt, so allein 82,6 Mill. DM (Ost) im Jahre 1951 und 1952 wiederum fast 80 Mill. DM (Ost). Von Mitte 1953 an wurden im Zuge des „neuen Kurses“ an den weiteren Planinvestitionen

allerdings spürbare Abstriche gemacht. Die bisher bereitgestellten Mittel wurden und werden zur Erweiterung der vorhandenen Werke, aber auch zum Neubau von Betrieben verwendet, so zum Neubau von zwei Sodafabriken, eines Zellstoff- und eines Kunstseidenwerkes und der großen Kokerei in Stalin-stadt (bei Fürstenwalde), die zum Ausgangspunkt einer eigenen mitteldeutschen Teerchemie werden soll.

RATIONALISIERUNG UND FORSCHUNG

Mit der Erweiterung und der Neuerrichtung der Werke geht die Entwicklung und Einführung neuer Verfahren einher. Die neuen Verfahren sollen zur Einsparung von Importen (Schwefelkies, Rohmagnesium), von inländischen Mangelrohstoffen (Holz), von Energie (bei den Elektrolysen), von Mangelchemikalien (Schwefelsäure) beitragen; sie zielen auf die Verwertung bisher ungenutzter Nebenprodukte und nicht zuletzt auf die Verbilligung und auch auf die Verbesserung der Erzeugung ab.

So wurde zur Verringerung der Importabhängigkeit die Schwefelsäureherstellung vom Schwefelkies auf Magnesiumsulfat umgestellt. Um hierfür nicht neue Anlagen errichten zu müssen, wurde ein Verfahren ausgearbeitet, bei dessen Anwendung in den vorhandenen Röstöfen ein Ausgangsmaterial entsteht, das in den vorhandenen Kammeranlagen weiterverarbeitet werden kann. Das bei der Verarbeitung von Magnesiumsulfat anfallende Magnesiumoxyd soll zu Baumagnesit weiterverarbeitet und zur Herstellung von Fußbodenplatten, also zur Einsparung von Holz verwendet werden. Die Weiterverarbeitung des Magnesiumoxyds zu Sintermagnesium soll ein Ausgangsprodukt für feuerfeste Steine schaffen und den Importbedarf an Rohmagnesiten verringern.

Weiter will man bei der Gewinnung von Ätznatron den starken Stromverbrauch bei der Elektrolyse von Steinsalz dadurch einschränken, daß versucht wird, das in der Kunstfasernerzeugung in den Fällbädern durch die Einwirkung der Schwefelsäure entstehende Natriumsulfat wieder aufzuschließen; auf diese Weise soll eine neue Schwefelsäurequelle erschlossen und zugleich Ätznatron erzeugt werden. In der Perspektive erhofft man sich eine Verringerung des Sodaverbrauchs, der dann nicht mehr in dem bisherigen Umfang zur Kaustizierung benötigt wird; die Kaustizierung von Soda war bisher eine wichtige Quelle der Ätznatrongewinnung.

Um die Schwefelsäure einzusparen, die für das Aufschließen der Kola-Apatite benötigt wird, werden Glühphosphat-Anlagen errichtet, in denen die in den Rohphosphaten vorliegende Phosphorsäure durch Anwendung von Wärme und durch gewisse Zuschläge mobilisiert wird. Bei Anwendung des neuen Verfahrens fallen Magnesiumphosphate mit 18 bis 22 % Phosphorsäure an, davon 95 % in citratlöslicher Form. Bei diesem Verfahren werden pro t Phosphorsäure zwei t Schwefelkies-Importe eingespart und gleichzeitig 2,8 t Kalziumsulfat freigemacht.

Ferner untersucht man, ob nicht die Schwefelsäure zum Aufschluß der Kola-Phosphate durch die bei der Alkali-Elektrolyse anfallende Salzsäure ersetzt werden kann.

Große Mengen von Elektroenergie werden auch bei der Karbidherstellung benötigt, dem Ausgangsstoff für Azetylen. Da sich das bei der Benzinhydrierung anfallende Hy-Gas ebenfalls auf Azetylen weiterverarbeiten läßt, bemüht man sich um die Anwendung dieses Darstellungsweges.

Nicht leicht zu lösende Aufgaben erwachsen der miteldeutschen Industrie auf dem Gebiet der synthetischen Rohstoffe und der Kunststoffe. Im Zuge der Steigerung der Buna-Produktion soll die Gummiindustrie die Verarbeitung von Reinbuna und die Textilindustrie die Verwendung vollsynthetischer Fasern aufnehmen. Sonderstähle und Buntmetalle werden in bestimmten Fällen durch säurefeste Kunststoffe, wie Vinidur und Iгурit, ersetzt. Phenolpreßstoffe können an Stelle von Lagermetallen eingesetzt werden; hier

Das erste umfassende Werk über die Bedeutung der Mikroskopie in der Technik

HANDBUCH DER MIKROSKOPIE IN DER TECHNIK

Band I-VIII

herausgegeben von **DR. HUGO FREUND**
unter Mitwirkung zahlreicher Fachwissenschaftler.

Mit 8 Hauptbänden und mehreren Teilbänden, mit durchschnittlich 400 bis 600 Seiten Umfang und vielen hundert Bildern in Schwarzweiß- und Farb-Wiedergabe wird dieses im Erscheinen begriffene umfassende Werk im gesamten deutschen und ausländischen mikroskopischen Schrifttum eine Lücke schließen.

Bereits vorliegende Bände:

BAND II/TEIL 1 Mikroskopie der Steinkohle, des Kokes und der Braunkohle

Umfang 824 Seiten, 589 Mikroaufnahmen, Zeichnungen und Porträts und 32 farbige Mikroaufnahmen.

Ganzleinen gebunden, DM 135,—

BAND II/TEIL 2 Mikroskopie der Erze, Aufbereitungsprodukte u. Hüttenschlacken

Umfang 600 Seiten, 400 Mikroaufnahmen in Schwarz-Weiß und mehrfarbiger Wiedergabe, Zeichnungen und Porträts.

Ganzleinen gebunden, DM 96,—

BAND V (2 TEILE) Mikroskopie des Holzes und des Papiers

Gesamtumfang 939 Seiten, 576 Mikroaufnahmen, Zeichnungen und Porträts und 20 mehrfarbige Mikroaufnahmen.

Ganzleinen gebunden, je Band DM 69,—

Bitte fordern Sie Prospekte an.



UMSCHAU VERLAG

Frankfurt am Main

erfolgt die Schmierung langsam laufender Wellen — etwa in Walzwerken — mit Wasser statt mit Öl. Besonders in der Traktorenindustrie ist die Umstellung von Buntmetall-Lagern auf solche aus Kunststoffen weit fortgeschritten. Auch im Wohnungsbau wird mit der Verwendung von Vinidurrohren zur Installation begonnen.

Mag manche dieser Entwicklungen auf den ersten Blick als Ersatzlösung und als Symptom der Armut, zumindest aber als Ausdruck einer rigorosen Sparsamkeit anmuten, so sollte die Bedeutung der Forschungsergebnisse der mitteldeutschen Chemiker doch keinesfalls unterschätzt werden. Besonders deutlich zeigt die Tatsache, daß westdeutsche Unternehmungen mitteldeutsche Fachkräfte aus den neuen Fertigungszweigen mit Hilfe des Rundfunks über den Sender „Freies Berlin“ wegzuzugangieren versuchen, in welchem Ausmaß die mitteldeutschen Leistungen ernst genommen werden.

Über die Verwirklichung der Planziele des Fünfjahresplans sind verschiedentlich Einzelheiten bekanntgeworden. Einen Einblick in die mengenmäßige Steigerung der mitteldeutschen Chemieproduktion gewähren die folgenden Zahlen (Produktion in 1000 t):

Erzeugnis	1950	1951	1952	1953
Schwefelsäure (SO ₂)	233	292	320	350
Ätznatron (NaOH)	150	188	200	230
Kalz. Soda (Na ₂ CO ₃)	99	133	200	310
Buna	40	55	60	65
Hydrierbenzin	454	603	605	739

Die gleichzeitige Erweiterung des Produktionsprogramms fand auch außerhalb der DDR Beachtung. So wurde auf die sehr leistungsfähige Kaliindustrie hingewiesen, deren Salze auf 50 bis 60 % Reingehalt umgestellt wurden; als Nebenprodukte werden wieder Brom, Bittersalz und Natriumsulfat hergestellt und exportiert. Durch die Stickstoffherzeugung der Bunawerke wurden die Voraussetzungen für den Export von Kalisalpeter, Salpetersäure, Natriumnitrat, Ammoniak und Salpetersäureverbindungen geschaffen. „Jenapharm“ stellt Tbc-Heilmittel, Vitaminpräparate und Penicillin auch für den Export her. Weiter fand Beachtung, daß Agfa-Wolfen die Produktion von Filmen von der Nitro- auf die Azetat-Basis umstellte, daß in der Kunststoffindustrie die Schichtpreßstoffe verbessert und der „Didi-Preßstoff“ nun auch in hellen Farbtönen geliefert wird. Das Exportangebot an Vergaserkraftstoff erhöhte sich, und die synthetische Fettsäure aus TTH-Paraffin gewinnt an Bedeutung.

RÜCKGEWINNUNG DER EXPORTMÄRKTE

Im Jahre 1949 belief sich der Chemieexport der DDR auf rund 240 Mill. DM (Ost); seither stiegen die Exporte jährlich um 40 bis 50 Mill. DM (Ost) an. In diesem Jahr wird sich infolge der Umwandlung der SAG in volkseigene Betriebe und nach dem Wegfall der Reparationen der Exportwert sprunghaft erhöhen; es ist damit zu rechnen, daß er eine Milliarde DM (Ost) übersteigt.

Hauptabnehmer ist nach wie vor die Sowjetunion. Zwar wird sie in Zukunft nicht im gleichen Umfang Chemieprodukte aus der DDR importieren, wie sie sie bis 1953 über das Reparationskonto entnommen hat;

dennoch dürfte ihr Anteil am Chemieexport der DDR weit über 50 % liegen. Der Anteil Chinas und der osteuropäischen Volksdemokratien, der 1951 bei 33 % lag, wird prozentual zurückgehen, in absoluten Mengen jedoch weiterhin steigen.

Beachtung verdient die Entwicklung des Chemieexports der DDR nach den westlichen Ländern. Obwohl er im Jahre 1951 mit 55,6 Mill. DM (Ost) (16,6 % des gesamten Chemieexports) nicht sehr bedeutsam war, ist er seit 1952 Gegenstand ernsthafter Intensivierung. Seit Beginn dieses Jahres stehen zusätzlich diejenigen bisherigen Reparationslieferungen für den Export nach westlichen Ländern zur Verfügung, die von der Sowjetunion nicht mehr in Anspruch genommen werden. So finden sich in allen offiziellen und halboffiziellen Handelsverträgen der DDR ostdeutsche Lieferzusagen für Chemieprodukte. Das gilt einmal für die Abmachungen mit den „traditionellen“ Handelspartnern der DDR (Skandinavien, die Beneluxländer, die Schweiz und Österreich, die besonders an Düngemitteln interessiert sind). Das gilt zum anderen ebenso für diejenigen Länder, mit denen ein vertraglich geregelter Handelsverkehr erst 1953/54 vereinbart wurde, also für Frankreich (200 000 \$), Ägypten (2,5 Mill. \$), Libanon (ohne Wertbegrenzung: „Erzeugnisse der chemischen Industrie einschließlich Grundchemikalien, Medikamenten und Photofilmen“), die Türkei („Chemikalien, Pharmazeutika und Düngemittel“), Griechenland (Graphit- und Siliterzeugnisse: 100 000 \$, Erzeugnisse der anorganischen Chemie: 375 000 \$, photochemische und chemisch-technische Erzeugnisse: 75 000 \$, sanitäre, chirurgische und technische Gummiwaren: 50 000 \$, ferner Kalisalze und Schwefel), sowie für Indonesien und Uruguay (bei beiden „Chemikalien“ ohne Spezifizierung und Wertangabe). Es kann damit gerechnet werden, daß weitere Länder folgen werden und daß sich die DDR-Behörden und das Ostberliner Außenhandelsunternehmen „DIA-Chemie“ um die Erweiterung der „Probe“-Positionen in den Handelsvereinbarungen sehr energisch bemühen werden.

AUSSICHTEN

Der Wiederaufbau der chemischen Industrie Mitteldeutschlands ist recht weit fortgeschritten; ihre Erzeugnisse beginnen auf den Exportmärkten wieder eine Rolle zu spielen. Das ist ein Erfolg. Dieser Erfolg beruht einmal darauf, daß die Sowjetunion um 1948 von der Demontage der Ausrüstungen zur Wiederherstellung der Werke übergang und diese recht energisch betrieb. Zum anderen hatte dieser Erfolg seine Ursache darin, daß die Wiederingangsetzung alter und die Aufnahme neuer Produktionen kaum von marktwirtschaftlichen und Konkurrenzüberlegungen eingeengt waren. Die Planer rechneten voller Optimismus damit, daß die Erzeugnisse in dem weiten Raum zwischen Bitterfeld und Peking immer ihren Markt finden würden. Von der Besatzungsmacht wurden sie in diesem Optimismus bestärkt, übrigens etwas zu Unrecht, wie sich um die Jahreswende 1953/54 bei der Umstellung der Reparationen auf Exportlieferungen herausstellte: als Käufer waren die sowjetischen Handelsvertreter wählerischer. Immerhin: der Bedarf ist vorhanden; die chemischen Erzeugnisse Mitteldeutschlands werden

gern gekauft werden, wenn sie nur einwandfrei und pünktlich geliefert werden. Auch Gegenware wird sich finden.

Dennoch müssen einschränkende Bemerkungen gemacht werden. Die Erfolge erscheinen nämlich in einem weniger günstigen Licht, wenn sie mit dem Aufwand verglichen werden, der in sie hineingesteckt wurde. Dieser Aufwand war sehr hoch. Das ist an sich nicht ungewöhnlich. Es ist nicht neu und wird vielmals in Kauf genommen, daß bei der Erzielung von Leistungen oft jahrelang auf Rentabilität verzichtet werden muß. Mit der Rentabilität lag es in der DDR in den letzten Jahren jedoch sehr im argen. Als „niederschmetternd“ wurden in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Ende 1951 die Organisation und der Planungsablauf in der chemischen Industrie der

DDR bezeichnet. Das ist eine um so schwererwiegende Kritik an den Leistungen der chemischen Industrie der DDR, als ja gerade in der deutschen Chemiewirtschaft die Konzentration vor 1945 bereits sehr weit fortgeschritten war und man sich in Fragen der Planung und der Organisation ausgezeichnet auskannte. Statt diese Erfahrungen zu nutzen, vertrieb man viele Fachleute aus der DDR und ersetzte sie durch „politisch zuverlässige“ junge Leute, deren Dilettantismus dann viele Millionen unnötiger Kosten verursachte.

Die Bewohner eines Landes werden sich allenfalls bereitfinden, für die Entwicklung ihrer Industrie zeitweilig und im unvermeidlichen Umfang höhere Preise zu zahlen. Sie sind dagegen nirgends bereit, auf die Dauer unnötige Entbehrungen auf sich zu nehmen, nur weil es eine Parteidoktrin so will.

Der amerikanische Schlag gegen die Schweizer Uhr

Dr. Oswald Zienau, Genf

Die Zustimmung des Präsidenten Eisenhower zur Empfehlung der Zolltarifkommission, die Zölle für in die USA eingeführte Schweizer Uhren, Uhrwerke und -bestandteile ab sofort — d. h. ab 28. Juli 1954 als Tag der Verkündung — um 50% zu erhöhen, hat dem durch Jahre geführten „amerikanisch-schweizerischen Uhrenkrieg“ ein (wenigstens vorläufiges) Ende gesetzt. Ausgangspunkt dieses „Uhrenkrieges“ war die 1950 erfolgte Revision des schweizerisch-amerikanischen Handelsvertrags von 1936, die die einstigen amerikanischen Zollkonzessionen für die Schweizer Uhr aufheben und diese vom USA-Markt zurückdrängen sollte. Schon Ende der dreißiger Jahre waren die Uhrenzollkonzessionen dieses Handelsvertrages Gegenstand der Angriffe amerikanischer Uhrenfabrikanten gewesen, und 1946 mußte die schweizerische Uhrenindustrie in eine 15-monatige Beschränkung ihrer Ausfuhren in die USA einwilligen, um den amerikanischen Uhrenfabrikanten den Übergang von der Kriegszur Friedensproduktion zu ermöglichen. In den Revisionsverhandlungen über den Handelsvertrag von 1936 stellten die Amerikaner die Alternative: Anerkennung einer sogenannten Ausweichklausel oder Kündigung des Handelsvertrags, was von den Schweizern als Ausübung eines unfreundlichen Drucks empfunden wurde. Außer der Anerkennung der Ausweichklausel, die die nationale Produktion (formell beider Vertragspartner) durch gänzliche oder teilweise Aufhebung von Handelsvereinbarungen oder -zugeständnissen schützen soll, beinhaltete der 1950 revidierte schweizerisch-amerikanische Handelsvertrag für die Schweizer Uhr einen mittleren USA-Zollsatz von 35%. Darüber hinaus war bereits in einer Art Gentleman's Agreement zwischen den amerikanischen und den Schweizer Uhrenfabrikanten festgelegt worden, daß die Belieferung des USA-Marktes mit billigen Uhren und Uhrwerken mit mehr als 17 Steinen der einheimischen Produktion zusteht und nach wie vor durch einen besonderen Prohibitivzoll gesichert bleibt. Es waren dann langandauernde Absatzschwierigkeiten

der Waltham Watch mit drohendem Konkurs, die den Anstoß gaben, daß die führenden amerikanischen Uhrenproduzenten — mit Waltham noch die Elgin National und die Hamilton Watch — 1951 die von ihnen selber von der damaligen USA-Regierung erzwungene Ausweichklausel zur nochmaligen Erhöhung der Zölle auf Schweizer Uhren anriefen. Die amerikanische Zolltarifkommission folgte schon damals den Wünschen der Uhrenfabrikanten, aber Präsident Truman lehnte am 14. August 1952 eine weitere Erhöhung der Uhrenzölle mit der Begründung ab, daß die Konsequenzen einer Zolltariferhöhung auf Uhren so weittragend wären, daß ein solcher Entscheid ohne klar erwiesene Notwendigkeit nicht getroffen werden dürfe.

Dem Entscheid Eisenhowers ging das zweite Gesuch der genannten Gruppe amerikanischer Uhrenfabrikanten auf Anwendung der Ausweichklausel im Jahre 1953 voraus. Im Unterschied zur Behandlung des ersten Vorstoßes der amerikanischen Uhrenfabrikanten einzig durch die sogenannten Hearings der Zolltarifkommission, lag Präsident Eisenhower dieses Mal außer der wiederum die Zollerhöhung befürwortenden Empfehlung der erwähnten Kommission noch ein Bericht des Office of Defense Mobilization (ODM) über die Bedeutung der amerikanischen Uhrenindustrie für die Landesverteidigung vor. Dieser Bericht bezeichnete die amerikanische Uhrenindustrie als wesentlich für die Landesverteidigung und erklärte, daß das Niveau von Produktion und Beschäftigung in der amerikanischen Uhrenindustrie ungenügend sei, um die für die Landesverteidigung erforderlichen Arbeitskräfte zu sichern. Wie der Empfehlung der Zolltarifkommission zahlreiche Hearings vorangingen, so lagen auch dem Bericht des ODM Hearings des Unterausschusses der Senats-Militärkommission zugrunde. Sicher dürften für den Präsidenten als einstigen Militär die Aspekte der Landesverteidigung durchschlagender gewesen sein als die wirtschaftlichen Argumente der Zolltarifkommission.